

Sozial-Zeitung.

Zweihundertzweiter Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet...

Er scheint wöchentlich größtmal, Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmaliger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Aufstellungsbüro...

Nr. 69.

Halle a. S., Dienstag, den 11. Februar

1908.

Die Geheimmittelvorlage.

Der Entwurf eines Reichsgesetzes über die Ausübung der Heilkunde durch nichtapprobierte Personen und den Geheimmittelverkehr ist jüngst veröffentlicht worden. Die geplante Beschränkung des Wirkungskreises der nichtapprobierten Personen wird mit folgenden Erwägungen begründet: Nach dem vorhandenen Zahlenmaterial wurden in Berlin im Jahre 1879: 28, im Jahre 1903: 1013 nichtapprobierte Krankenbehandler gezählt...

Der Entwurf geht davon aus, daß die Bestimmungen der bereits erlassenen vielfachen Verordnungen, wenn sie auch wegen ihrer Verordnungsartigkeit in Form und Inhalt dem Geheimmittelwesen nicht genügend entgegenwirken konnten, doch viele beachtenswerte Vorschriften enthalten und damit Fingerzeige geben, in welcher Richtung die Lösung der Aufgabe gesucht werden kann...

Erbiten zur Fernbehandlung, unwahre Angaben, die geeignet sind, Täuschungen, insbesondere über Wert und Erfolg der Mittel usw. herbeizuführen, schließlich die Antilindigung der dem Bundesrate dem Verkehre entzogenen oder Verkehresbeschränkungen unterworfenen Mittel.

Die Strafvorschrift des § 6 wendet sich gegen alle diejenigen, welche in öffentlichen Antilindigungen oder Anpreisungen bestimmter Art wissenschaftlich unwahre Angaben machen, die geeignet sind, gewisse Täuschungen herbeizuführen. Das Aufstellen solcher wissenschaftlich falschen Behauptungen grenzt an Betrug. Die unwahren Tatsachen brauchen keine Täuschungen tatsächlich hervorgerufen zu haben...

Graf Kanitz über die Börsegesetznovelle.

Auf der Tagesordnung der 36. Plenarsitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats, die gestern im Sitzungssaal des Brandenburgischen Ständehauses in Berlin eröffnet wurde, stand als erster Punkt die Stellungnahme zur Börsegesetznovelle. Das Referat darüber erläuterte der bekannte konservative Parlamentarier Graf Kanitz, der, als er im Reichstage den Standpunkt seiner Partei in dieser oder jener Frage darlegen wollte, öffentlich erkrankte und aus dem Saale getragen werden mußte...

Seit Erlaß des Börsegesetzes sind 11 Jahre verfloßen. Kein Gesetz ist vollkommen, jedes Gesetz wird verbesserungsfähig sein. Wir haben uns im Reichstage gegen eine Revision des Börsegesetzes keineswegs ablehnend verhalten. Speziell das Börsegesetz steht in einzelnen Teilen mit dem einig Jahre später erlassenen Bürgerlichen Gesetzbuch in Widerspruch. Aber was die Regierung vorschlägt, geht weit hinaus über das, was zur Auslegung dieser Widersprüche notwendig ist. Das Börsegesetz soll nach der Novelle abgeändert werden. Es besteht die wohlmeinende Absicht, das Börsegesetz auf eine solide Basis zu stellen. Das hat den Zweck, das unberufene und unerfahrene Publikum von zweifelhaften Geschäften fernzuhalten...

Redner erläutert noch die Aenderung der Novelle gegenüber dem bestehenden Zustand und schließt mit der Forderung höherer Mindeststrafe für den Abschluß verbotener Verleierungsgehefte. (Lebhafte Beifall.)

Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution des Grafen Kanitz einstimmig angenommen: „Wenn auch das Börsegesetz vom 22. Juni 1906 in mehreren Punkten verbesserungsfähig erscheint, so müssen doch die in dem Gesetzentwurf vom 22. November 1907 vorgeschlagenen Aenderungen als zu weitgehende Abschmächung dieses Gesetzes bezeichnet werden. Insbesondere bieten die in dem Entwurf vorgesehenen Bestimmungen über den Gezeideterminhandel (§ 50) keine Gewähr gegen eine Wiederherstellung der Verkehresformen, welche durch das Gesetz vom 22. Juni 1906 beseitigt werden sollten...

Zur Frage des Unterküßungswohnliftes wurde folgende Resolution vorgelesen und angenommen: Gegenüber der vollen Freizügigkeit sind die bisherigen Bestimmungen über den Unterküßungswohnlift nicht mehr haltbar. Bei der beabsichtigten Aenderung des Gesetzes über den Unterküßungswohnlift wird zu erwägen sein, ob es sich nicht empfiehlt, schon jetzt die Einführung des Unterküßungswohnliftes lediglich auf die Wohn- bzw. Arbeitsgemeinden und die Unterküßungspflicht von den Lokalverbänden auf die Landesverbände zu übertragen.“

Deutsches Reich.

Der Statthalter von Elsaß-Lothringen ist gestern von München nach Straßburg abgereist.

Der russische Botschafter in Wien, Fürst Urussov, soll den Botschafter in Berlin, O. D. K. S. S. a. n., ersuchen.

Das 80. Lebensjahr vollendet heute der in Charlottenburg lebende Generalleutnant J. D. Wilhelm v. Wrisberg.

Der Fall Schmitzer.

Der Würzburger Korrespondent der „Ain. Ztg.“ schreibt: Professor Schmitzer in München sei ein selbstloser Charakter. Niemand werde er auch nur einen Schritt rüdmärts tun. Da Rom gleichfalls einen solchen Schritt nicht tun werde, müßte Schmitzer wohl das Opfer seiner Ueberzeugung werden. Eine Erklärungsrede für Dogmengelehrte könne nicht gehalten werden, namentlich nicht unter den jetzigen Verhältnissen im Landtage. Ein Uebergang Schmitzers in die philosophische Fakultät sei mit Schmitzerkreisen verbunden. Er werde deshalb über Wädapost weiter lesen. Seine dogmengelehrliche Vorlesungen werden wohl für immer geistert bleiben. Das bisherige Auftreten des neuen Kantianus der sehr vornehm ist und sich gegen die Theologen wohlwollend verhält, lasse voraussehen, daß Schmitzer von der Kirchenrate wieder befreit werden wird. Für eine solche mildere Haltung des Kantianus hätten die deutschen Katholiken namentlich dem Bischof von Regensburg dankbar zu sein, der in der schwierigen Situation eines laicen Bischofs, während man mit Verwunderung wahrnehmen muß, daß der Bischof Albert von Bamberg, der selbst Professor war, eine Haltung einnimmt, die der Lage nicht gewachsen ist. Die Folge der Fälle Erhard-Schmitzer dürfte sein, daß Rom auf der Durchführung der Ueberzeugung sehr nicht mehr bestche, da man sich das in Deutschland nicht bieten läßt. Uebrigens müßte die Durchführung des disziplinären Teiles der Enzyklika auch der bayerischen Verfassung scheitern.

Demgegenüber wird dem genannten Blatte aus München gemeldet, daß, dem Beispiel des Bischofs von Speyer folgend, auch der Erzbischof von München und der Bischof von Augsburg den Studierenden den Besuch jüdischer, auch der pädagogischen Vorlesungen Schmitzers verboten haben. Er werde daher wohl seine ganze Lehrtätigkeit einstellen müssen.

Die schon kurz mitgeteilten ergreifenden Schlußworte aus Schmitzers Schlußvorlesung lauten ausführlicher wie folgt: Nicht entmutigt, gedrohen, gebogt, müssen wir in die Zukunft. Kämpfe und Entwürfe sind unüberwindlich, ein einem Zukunft des Mitens mit dem Neuen. Die Zukunft ist gar nicht dem Neuen. Jesus war einst ein neuer Herr, auch Paulus erfuhr Anstoß und Vergeris. Wegen seiner bibelkritischen Forschungen wurde Simon aus festliche bekämpft. Aber Schritt für Schritt, volens volens mußte die Kirche Zugeständnisse machen. Die Probleme, die er, Schmitzer, hergetragen habe und deren Neuheit er jetzt entgegen müsse, habe nicht er geschaffen. Er hielt sich für verpflichtet, die schweren Fragen vor den Schülern aufzurollen, die keine Antwort mehr seien. Wir leben in einer ersten Zeit. Ein ungeheurer religiöser Umbruch bereitet sich vor. Ein religiöser Frühling bräut durch die Lande. Jeder Professor muß zugleich ein Konfessor sein, der mit der ganzen Person für das, was er vorträgt, einsteht. Er habe getan, was er tun zu müssen glaube.

Dampffähre Sahnitz-Trelleborg.

Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Entwurf, betreffend die Herstellung einer Eisenbahn-Dampffähren-Verbindung zwischen Sahnitz und Trelleborg, ermächtigt die Staatsregierung, die Summe von 8.810.000 M. zu verwenden, die im Wege der Anleihe aufzubringen sind. Nach dem zwischen Schweden und Preußen abgeschlossenen Staatsvertrage soll jeder der beiden Staaten in seinem Hafen für



Wegener. Die Lombardierung landwirtschaftlicher Produkte durch unsere Staatsbank liegt noch sehr im Argen, und wir können von Frankreich manches lernen. Von einem Liebeswerben der Fremden ist um die Schulde-Deliktischen Genossenschaften sei nicht die Rede; allerdings werde er sich nicht hindern lassen, auf die Schulde-Deliktischen Genossen, die sich an ihn wenden, seine persönliche Meinung in Genossenschaftsfragen zu sagen. Nicht will er die Schulde-Deliktischen Genossenschaften, sondern die hochnoterlittenen aus auf Veranlassung des Herrn Dr. Crüger. (Beifall rechts.)

Hg. Wilsch (Ztr.) empfiehlt härtere Einbürgerung des Genossenschaftswesens im Handwerke und tritt der Verschmelzung der Preussenschaft mit der Seehandlung entgegen.

Hg. Giesel (Nl.) verweist auf die Notwendigkeit der Genossenschaften für die Entschuldigungsaktion und fordert Fortschrittsstufe für Genossenschaftsbeamte. Das Genossenschaftswesen sei noch erheblich ausdehnungsfähig.

Hg. v. Brodhausen (Konf.) sieht einen großen Teil des volkswirtschaftlichen Wertes der Genossenschaften in dem Umfange, daß der kleine Mann sein flüssiges Geld dort sicher anlegen könne. Das bewahre viele Leute vor Verlusten, wie gerade eine große Zahl kleiner Sparer je jetzt beim Berliner Konfurs Friedberg erlitten habe. Zur Ausdehnung von Genossenschaftsbeamten bedürfen schon von Aufseherhand der landwirtschaftlichen Genossenschaften begründete Kurse in Darmstadt.

Hg. Dr. Sahn (Konf.) weist auf die Mischtheorien gegen den Vorrat, durch schlechte Geschäftsführung in Schwierigkeiten zu sein und erklärt, den Passiven der Mischzentrale gegenüber die genügende Weisheit der Preussenschaft nach der Landwirthschaft zu können. Weder die Preussenschaft noch der Bund der Landwirthe würden auch nur einen Pfennig bei der Mischzentrale verlieren. Der Referent tritt für die Preussenschaft und deren Kapitalserhöhung ein. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Hgg. Dr. Crüger und Dr. Sahn wird der Etat der Preussenschaft bewilligt.

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch 11 Uhr. (Kultusetzt.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Ausland

Franco in Marseille.

Der ehemalige portugiesische Ministerpräsident Franco ist mit seiner Familie gestern vormittag von Bordeaux nach Marseille abgereist.

Die Rivalität auf dem Balkan.

Die durch die österreichisch-ungarische Eiferlust hervorgerufenen Komplikationen in der Balkanfrage erregen nach dem „Tag“ in Rom von neuem lebhaftes Beunruhigung. Die Abreise des Wiener Vorkämpfers Fürsten Urosov nach Petersburg wird als Beginn des Ausbruchs einer Situation angesehen, die man von offizieller Seite lange zu verheimlichen suchte. Man beschuldigt Rußland der erneuten Abkühlung, Konstantinopel einzunehmen, während andererseits Oesterreich noch Rußland verächtlich sieht, sich mit Hilfe seines Eisenbahnprojekts in den Besitz von Saloniki zu setzen. Man glaubt allgemein, daß ein Krieg zwischen Rußland und der Türkei zu erwarten sei; 100 000 Mann der besten türkischen Truppen würden schon in Mazedonien in Bereitschaft gehalten. Rußland wirft der Türkei vor, daß sie durch deutschen Einfluß bestimmt, Oesterreich begünstige.

Das Urteil im Kreditlinien-Prozess

In Rovereto ist nunmehr gefällt worden. Die Angeklagten Larder, Colpi und Ghite wurden wegen leichter Körperverletzung je zwei Tagen, Scattoni und Dotto zu drei Tagen, Unterweg wegen Verwehrens mit Eiern zu einem Tage, Stolicis wegen Beleidigung der Wache zu zwei Wochen, Demarini wegen falscher Zeugenaussage zu vier Wochen Kerker, Anselmi wegen Verletzung der Vorschriften, betreffend die körperliche Sicherheit, zu drei Wochen und Verdacht wegen Gewaltthatigkeit zu vier Wochen Kerker verurteilt. Die übrigen 35 Angeklagten wurden freigesprochen. Die Rekurriten tragen alle die Kosten. Die verletzten Deutschen wurden auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

Beschänkung der kanadischen Einwanderung.

Die „Nord. Alg. Ztg.“ meldet aus Montreal: Die kanadische Regierung hat die Einwanderung in diesen Tagen aufs neue beschränkt. Durch order in council ist angeordnet worden, daß, solange die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes in Kanada andauert, nur solche Einwanderer zugelassen werden sollen, die aus ihrem Geburts- oder Heimatslande (country of birth or citizenship) in ununterbrochener Fahrt und auf Durchgangsbillets, die vor der Reise befragt worden sind, hierher kommen.

Ein Veteran aus dem Krimkrieg.

Der Admiral der britischen Flotte Sir Vernon Manser, der im Krimkrieg eine hervorragende Rolle spielte, ist gestern in Swansea in seinem 73. Lebensjahre gestorben.

Der schweizerische Finanzinspektor für Kreta.

Der Schweizer Bundesrat hat nähere Erkundigungen über die Stellung des der Schweiz zugehörigen Finanzinspektors von Kreta eingezogen. Daraufhin ist ihm, dem „Tag“ zufolge, das vom Generalkommissar Jaimis der kretischen Nationalversammlung vorgelegte und von dieser angenommene Gesetz über die Reorganisation der Finanzen im Wortlaut mitgeteilt worden.

Die Ereignisse in Marokko.

General d'Amade telegraphiert, daß infolge des letzten Kampfes die aus den Eiden kommenden marokkanischen Truppen sich in der Richtung nach Medrasa zurückgezogen haben.

Zu den Kämpfen der französischen Truppen bei Seltat meldet ein längerer Telegramm der „Kölnischen Zeitung“, die Franzosen verlustig die Verluste in den letzten Wochen, indem sie nachts heimlich die Vermundeten in die Stadt bringen und die Toten ohne Sang und Klang in den neuen Stadtteilen verkarren. Der neue Normalplan nach Seltat wurde dadurch hervorgerufen, daß die Franzosen dem Stamm der Wamla die Stämme vernagmen. Darauf erfolgte ein Angriff des Stammes gegen die französische Kolonne. Das Ziel wurde ihr wieder wegenommen. Sie erlitt schwere Verluste und büßte zwei Mitrailleusen ein. Trotz des gewaltigen Munitionsverbrauchs französischerseits behaupten die Eingeborenen, nur drei Tote gehabt zu haben.“

Eine britische Strafexpedition in Indien.

Es verlautet, daß die englisch-indische Regierung die Brigaden von Romscha und Peshawar unter dem Befehl des Generalmajors Willcox in das Bagarat entsenden wird, um den Zakkafel-Stamm, der Plünderungen begangen hat, zu bestrafen.

Bombenfund in Petersburg.

Bei einer in der Nacht vorgenommenen Durchsuchung des Politechnischen Instituts in Petersburg, fand die russische Polizei im Kellerraum des Hauptgebäudes neun Bomben und vier Artilleriegeschosse.

Kleine Tagesnachrichten.

— Die Philippinen erhalten dauernd ein amerikanisches Gesandtschaftsamt von vier Schiffschiffen und vier Panzerkreuzern.

— Die türkische Postdirektion beschloß, einen Automobilstation zwischen Eregli, der Endstation der Bagdadbahn, und Aleppo einzuführen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 11. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle a. S., 10. Februar.

Am Vorstandssitzung die Herren Geh. Kommerzienrat Stechner, Baumeister Gygis und Fabrikant Grehler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Herr Vorsteher eine Mitteilung des Magistrats bekannt, der erklärt, er habe dem am jüngsten Montag beschlossenen

Verbot der Straßenreinigung

nicht beitreten können. Ferner teilt der Magistrat mit, daß die Herren Giese und Reiling aus der Museumsdeputation ausgeschieden seien; die Verammlung überweist die Neuwahl zweier Deputationsmitglieder dem Wahlsauschuß zur Vorbereitung.

Wieder vorgelegt wird eine Eingabe der Hamburg-Altonaer Straßenbahngesellschaft, die eine Schuppenrichtigung von Unglücksfällen im Straßenbahnbetrieb empfiehlt. Herr Bürgermeister von Holln führt dazu aus, der Magistrat habe sich mit der Sache befaßt, könne die Einrichtung aber nicht befehlen. Zudem habe die Stadt keinen Einfluß auf die Einführung solcher Schuppenrichtungen; das sei einzig das Recht der Eisenbahndirektion als Aufsichtsinanz. Die Verammlung beschließt Uebergang zur Tagesordnung.

Der Minister des Innern hat ein Rundschreiben an die Stadverwaltungen erlassen, worin er darlegt, daß die Gehälter der Kommunalbeamten in vielen Gemeinden verbesserungsbedürftig seien; auch der Staat und das Reich seien im Begriff, die

Beamtengehälter

aufzubessern. Der Herr Vorsteher, der dieses Rundschreiben verliest, fügt hinzu, daß Halle ja bereits im vorigen Jahre eine umfassende Regelung und Aufbesserung der Beamtengehälter vorgenommen habe.

Herr Stv. Schmidt bemerkt noch, daß der Herr Minister, der sich hier so sehr um die städtischen Kommunen bekümmert, vor allem dafür mal sorgen sollte, daß das Reich und der preussische Staat, die durch ihre Politik die Lebenshaltung in so außerordentlicher Weise verteuert haben, mit der Aufbesserung ihrer Beamten vorgehen. Das sehe nicht aus, daß, während der Minister solche Rundschreiben erlasse, der Staat und das Reich mit der Aufbesserung ihrer Beamten hinter den Kommunen herhinken.

Herr Stv. Emmer fragt an, ob sich der Minister auch um die Aufbesserung der städtischen Arbeiter bemüht habe. Der Herr Vorsteher entgegnet, davon sehe nichts drin.

Herr Stv. v. Blume führt aus, daß der Minister nur bezüglich der Beamtengehälter einen Einfluß habe. Die Befolgung der Arbeiter regelle die Kommune völlig selbstständig.

Die Krankenfassenverbände petitionieren darum, die Gehälter für die Benutzung des Krankenhospitals nicht zu erhöhen. Der Herr Vorsteher bemerkt dazu, die Eingabe könne am Donnerstag im Staatsauschuß mitberaten werden.

Es liegen dann noch Einladungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zu einer Tagung am 8. März, und der Turnerschaft „GutsMuth“ zum 15. Februar, vor.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 betrifft den neuen Etat. Dem wesentlichen Debate werden die Kapitel Grundbesitz (Herr Stv. Wolff), Allgemeine Verwaltung (Herr Stv. Engelde), und Polizeiverwaltung (derselbe Referent) genehmigt.

Beim Polizeietat beantragt Herr Stv. Osterburg die Vermehrung unserer Polizei um sieben Sergeanten, sowie die Bewilligung von Rumpfschaffergeldern zu streichen. Der Antrag wird jedoch mit sehr großer Majorität abgelehnt. Ferner werden debattellos genehmigt die Kapitel: Staats- und Provinziallasten. (Herr Stv. Engelde), Kirchenwesen (Herr Stv. v. Blume). Beim Kapitel X A Gymnasium (Herr Stv. v. Banger) bringt Herr Stv. Pfautsch zur Sprache, daß im April und September der

Schulbeginn

fortan erst um 8 Uhr stattfinden soll. Redner bedauert das. Das ganze geistliche Leben beginne im April bis September um 7 Uhr; warum nicht auch die Schule?

Herr Stadtschulrat Brendel entgegnet, es gehe im Interesse der Förderung des Unterrichts. Im April und September sei es um 7 Uhr morgens oft noch dunkel, manchmal auch noch zu kalt.

Herr Stv. Banger führt aus, daß das Provinzial-Schulkollegium darauf hinwirkte, den Schulunterricht nicht um 7 Uhr beginnen zu lassen, und zwar folgende das auf Grund der ärztlichen Gutachten, die meinen, die Kinder hätten besser ausgeschlafen, wenn sie erst um 8 Uhr zur Schule müßten.

Es befaßt sich hier noch eine Reihe Redner an der Debatte. Ein Antrag wird nicht gefaßt. Herr Stadtschulrat Brendel erklärt schließlich auf eine Anfrage des Herrn Stv. Pfautsch, daß die Franzosen Stifungen sich der Feuerung gegenüber ablehnend verhalten. Der Magistrat habe jedoch beim Provinzial-Schulkollegium den Antrag gestellt, auch die Franzosen Stifungen zur Einführung des

späteren Schulbeginns für April und September zu veranlassen. Werde der Antrag abgelehnt, so müßte bei dem bisherigen Zustand sein Bewenden haben, denn die Feuerung, wie sie die städtischen Schulverwaltungen beschloßen hätten, könne nur dann eingeführt werden, wenn sämtliche Schulen, auch die Französischen Stifungen die Einrichtung mitmachten.

Herr Stv. Banger bringt zur Sprache, daß unsere städtischen höheren Schulen sehr hart von auswärtigen Schülern besucht seien, an denen die Stadt, obwohl sie das anderthalbfache an Schulgeld erhebe, doch beträchtlich zu jehe, im Ganzen ungefähr 37 000 Mark. Da möge doch mal der Magistrat Erhebungen anstellen, ob es sich nicht empfehle, das

Schulgeld für auswärtige Schüler

zu erhöhen. Die Verammlung beschließt mit 26 gegen 10 Stimmen, den Magistrat um solche Ermittlungen zu ersuchen.

Der Etat der Oberrealschule wird ohne Debatte genehmigt (Herr Stv. Banger); desgleichen der Etat der höheren Mädchenschule (Herr Stv. v. Blume) und der Etat der Mittelschulen (Herr Stv. Meyer). Zum Etat der evangelischen Volksschulen bemerkt der Referent Herr Stv. Meyer, daß im neuen Etatsjahr zum ersten mal für die Volksschulen

Schülervorstellungen im Stadttheater

eingeführt werden sollen; z. B. soll den Schülern der ersten Klasse das Drama, das sie in der Schule lesen, auf der Bühne gezeigt werden. Es sind drei Vorstellungen vorgelesen, für die jedesmal ein Theatervorstellung Richards 475 Mk. zu zahlen sind.

Als Teilsomme zu Volksschulbauten werden 100 000 Mk. verlangt. Herr Stv. Döhler bittet, nur 50 000 Mk. einzufassen mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage; im nächsten Jahre dürften wir wieder mit normalen Ersparnissen übersehen zu rechnen haben, das können wir ja höhere Beiträge einstellen.

Herr Stv. Meyer tritt dem entgegen. Wir müssen darauf bedacht sein, Schulräume zu schaffen. Schon jetzt mangelt's daran; denn wir haben Dörren bereits achtzehn liegende Klassen.

Herr Stv. Osterburg stellt sich auf den gleichen Standpunkt. Der Fonds, der für den demnächst auszuführenden Volksschulbau verfügbar sei, betrage erst 225 000 Mk. In manchen Klassen sei die Frequenz schon recht hoch; in einer Klasse befänden sich sogar 68 Schüler, das sei beinahe schimmer, als auf den Dörfern, und paße nicht für die Schulkraft Halle.

Herr Stadtschulrat Brendel führt dazu weiter aus, daß tatsächlich bis zum Jahre 1911

drei neue halbe Schulen

zu je 12 Klassen gebraucht werden. Das bedeute eine Ausgab von 700 000 Mark bis zum Jahre 1911 oder der Schülerfrequenz nach mindestens 38 neue Klassen mehr; da sind die drei halben Schulen, die wir in Aussicht nehmen wollen, gleich völlig befest. Eine halbe Schule werden wir durch Anbau an die Huttenstrasse später gewinnen, eine zweite durch Anbau an die Freierfelderstrasse, eine dritte halbe Schule müssen wir in Giebichenstein errichten. Da ist es nötig, daß wir dieses Jahr mindestens den Teilsbetrag von 100 000 Mark einstellen.

Der Antrag wird angenommen.

Für Schulfestlichkeiten hatte der Magistrat im Einverständnis mit der Schuldeputation 1000 Mk. eingestellt. Wie der Referent Herr Stv. Meyer ausführte, mache es manchmal Unannehmlichkeit, wenn die Kinder zu Schulfesten ein paar Nickel extra von Hause mitbringen sollen; da sei es richtiger, die Stadt übernehme die Summe. Herr Stv. Herzog spricht dagegen und beantragt Streichung.

Die 1000 Mk. werden mit 23 gegen 16 Stimmen abgelehnt, dagegen findet ein Antrag, die Haftpflicht der Lehrer bei Schulausflügen auf die Stadtkasse zu übernehmen, die Mehrheit. Die Etats der Hülfschule (Herr Stv. Meyer), der Kaufmännischen Fortbildungsschule, und der Handelsschule für Mädchen (Herr Stv. Probst) werden genehmigt; desgleichen der Etat des Armenwesens (Herr Stv. Banger). Neu ist, daß von der Armenverwaltung ein eigenes Blatt, „Amtliche Mitteilungen der Armenverwaltung“ als zweimonatlich veröffentlicht herausgegeben werden soll. Die Verammlung beschließt 500 Mk. dazu, der „Helfer“, der bisher (in Dresden erscheinend) den Mitgliedern der Armenverwaltung auf Kosten der Stadt unentgeltlich gemacht wurde, kommt, weil ungenügend, in Wegfall.

2. Der Magistrat hat beschlossen, den Feuerbeamten beim Übertritt in den Ruhestand und ihren verlorungsbedingten Hinterbliebenen bei Eintritt des Verlorungsfalles die Wahl zu lassen zwischen den ihnen durch die Befehle der städtischen Körperbehörden vom 4. August und 10. Dezember 1906 sowie vom 12. Januar 1907 gewährten Pensionsbedingungen, nach welchem das Ruhegehalt nach dem vollendeten 10. Dienstjahre 10/40 des baren Jahresgehaltes betragt und nach jedem weiteren vollendeten Dienstjahre um 1/40 bis zu 3/4 des Jahresgehaltes steigt, und den für die übrigen Gemeindebeamten der Stadt Halle a. S. geltenden Pensionsbestimmungen. Als Gründe werden angeführt: Infolge ihrer Beschäfte hatten die Feuerwehreamten bisher infolge günstiger Pensionsbedingungen, wie die anderen Gemeindebeamten, als ihre Pension vom 11. Dienstjahre an anfänglich nicht um 1/60 sondern um 1/40 des Gehaltes steigt. Sie gelangen infolgedessen bereits nach 50 Dienstjahren in den Genuß der Höchstpension. Nach den auch für die Gemeindebeamten geltenden Bestimmungen des Pensionsgesetzes vom 27. Mai 1907 sind die Feuerwehreamten bis zum 20. Dienstjahre in ihren Pensionsgehältern schlechter gestellt, als die übrigen Gemeindebeamten, da letztere bereits nach 10 Dienstjahren 1/20/80 oder 40/120 ihres Dienstverdienstemens als Pension erhalten. Diese Ungleichheit wird beseitigt, wenn dem Feuerwehreamten die Wahl zwischen den für sie und den für die übrigen städtischen Beamten geltenden Pensionsbestimmungen gelassen wird. Infolgedessen steht es den Feuerwehreamten frei, wenn der Pensionsvergleich vom 20. Dienstjahre eintritt, die allgemeinen Beamten-Pensionsbedingungen, sofern er nach dem 20. Dienstjahre eintritt, die den Feuerwehreamten günstigeren Bestimmungen Anwendung finden zu lassen. Die Verammlung stimmt zu. (Herr Stv. Glimm.)

3. Von den Fleischern und Viehhändlern ist es bisher als eine Härte empfunden worden, daß für diejenigen An-

